

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 8/40. Jahrgang

August 2009

Schutzgebühr: 0.30 E

Landesgartenschau absagen!

So, wie die Stadt Alsfeld die Durchführung des letzten Hessentages zurückgenommen hat, sollte die Stadt Gießen rechtzeitig die Notbremse ziehen und die Landesgartenschau absagen. Angesichts der andauernden Wirtschaftskrise, unsicherer Landeszuschüsse und Rückgang der kommunalen Einnahmen ist dieses Projekt nicht mehr zu verantworten. Die gesamte Planung hat unkalkulierbare Dimensionen erreicht, die es als unverantwortlich erscheinen lassen, dafür 20 Millionen Euro auszugeben. Zusätzlich zu den enormen finanziellen Risiken und Unwägbarkeiten gibt

es weitere Gründe von der Landesgartenschau Abstand zu nehmen. Verkehrsübungsplatz, Schwimmbad und Kleingärten sind in die Planung einbezogen; und der Sportverein Blau-Weiß soll in die Nähe der Miller-Hall zwangsumgesiedelt werden Michael Beltz (DKP), Stadtverordneter der Linksfraktion, die im Mai 2008 ebenfalls der Landesgartenschau zugestimmt hatte, meint heute dazu selbstkritisch: „Wir haben uns blenden lassen von der Aussicht auf ein attraktives Erholungsgebiet in unserer Stadt, von der Schaffung von Arbeitsplätzen. Ebenso waren die in Aussicht gestellten Landeszuschüsse für einen Brückenbau über die Lahn und die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes Motivation, dass ich mit unserer Fraktion zugestimmt habe.- Die durch diesen Verzicht freiwerdenden Gelder sollten in unserer durch den Rathausbau hoch verschuldeten Stadt für die mehrfach angemahnte Renovierung von Schu-



len und für soziale Aufgaben genutzt werden. Geld wird benötigt für die Ausweitung des Gießen-Passes, für die Erstausrüstung von Schulkindern und auch für die vielen Initiativen wie Wildwasser, Frauenhaus, Pro Familia und für alle Organisationen, die in Not geratenen Menschen helfen.“

Inhalt:

Interview mit J.Ahlgrimm/Afghanistan	S.2
Hunde/Mieten/Kita-Streik/Nazi-Demo	S.3
Grundeinkommen?/Erwerbslose	S.4
Nebensache Mensch/Steuer-oase Hessen	S.5
Kernkraftwerke/Feldbefreier-Prozeß	S.6
Leserbriefe	S.7
Welche Haltung zur DDR/Termine	S.8



Dieses Transparent vom Ostermarsch 2004 in Frankfurt ist heute fast noch aktueller als vor fünf Jahren. Israel droht offen mit einem Angriff auf den Iran und die US-Regierung unter Obama signalisiert freie Hand dazu. Als hätte es all die

Lügen über angebliche Massenvernichtungswaffen im Irak nie gegeben und keinen erbarmungslosen Krieg gegen das irakische Volk, werden heute die gleichen unhaltbaren Lügen über den Iran abgespult, um die Welt auf einen neuen Krieg vorzubereiten.

Kompliziert wird die Lage durch die inneren Auseinandersetzungen im Iran, die von den Kriegstreibern instrumentalisiert und für ihre Propaganda aus-

genutzt werden.

Wie im Irak geht es auch im Iran um Öl und Erdgas – weltweit befinden sich hier mit die größten Vorkommen. Es ist dem irakischen Widerstand zu verdanken, daß der Iran bisher verschont blieb. Hatte ihn doch Bush schon 2001 auf der Liste der „Schurkenstaaten“, deren Regierungen eliminiert werden sollten. Die Außenpolitik Obamas knüpft da nahtlos an: mit dem Teilerückzug aus dem Irak bei gleichzeitig verstärkten Angriffen in Afghanistan und Pakistan.

Die sicher berechtigten Forderungen (Fortsetzung auf Seite 2)

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Menschen für eine soziale Gesellschaft begeistern

Interview mit Jonas Ahlgrimm, Direktkandidat der Partei Die Linke, zur Bundestagswahl

Frage: Warum kandidierst Du für den Bundestag?:

Antwort: Die parlamentarische Demokratie in Deutschland hat zwei zentrale Mängel. Zum einen ist sie durch Wahllügen, fehlender Möglichkeiten direkter Bürgerbeteiligung und erheblichem Einfluss von Geldgebern auf die Parteien nur eine Scheindemokratie. Zum anderen gibt es keine unabhängigen Gerichte (Thema Gewaltenteilung) und es gibt auch keine unabhängigen öffentlichen Medien. Ich kandidiere für den Bundestag, um den Menschen Missstände aufzuzeigen und um DIE LINKE als Partei zu stärken, damit diejenigen, die mangels Kapital in unserer Gesellschaft kaum Einfluss haben, Gehör finden. Ich möchte Menschen für eine soziale Gesellschaft begeistern. Über das Parlament kann vor allem im gewissen Rahmen Öffentlichkeit hergestellt werden, aber die eigentlichen Veränderungen können nur außerparlamentarisch erkämpft werden, durch Arbeitsloseninitiativen, Gewerkschaften, Jugendverbände etc..

F: Mit welchen Inhalten trittst Du an?

A: Ich betrachte mich als Demokrat. Demokratie heißt für mich direkte Mitbestimmung, Abwählbarkeit von Abgeordneten, Referenda zu jeder Verfassungsänderung und zu politischen Fragen. Der Minderheitenschutz muss jedoch gewahrt bleiben. Sozialismus heißt für mich, dass niemand hungern muss, jeder das Recht auf Wohnung, Gesundheitsversorgung und

Arbeit hat. So sollte zumindest der Minimalkonsens aussehen. Hartz 4 muss weg! Ich schließe mich den im Wahlprogramm niedergeschriebenen Forderungen nach einem Mindestlohn von 10 E und einem Arbeitslosengeld von 500 E + Wohnung und Nebenko-

Jonas Ahlgrimm, 22 Jahre, Student (Englisch, Politik und Wirtschaft), 2008 Totale Kriegsdienstverweigerung



sten sowie dem Verzicht auf Repressionen an, betrachte diese jedoch nur als einen ersten Schritt. Nicht zuletzt müssen all diese Forderungen finanziert werden. Ein Spitzensteuersatz von mindestens 55%, eine Börsenumsatzsteuer, eine Millionärssteuer (zusätzliche 4% auf Vermögen über 1 Millionen E) und eine massive Kürzung des Rüstungsetats, die mit den Forderungen nach Abzug aller deutscher Truppen im Ausland und der Abschaffung der Wehrpflicht einher gehen, lassen die

Umsetzung sehr realistisch erscheinen. Die Daseinsvorsorge muss staatlich bleiben. Banken sollten vergesellschaftet werden.

F: Wie stehst Du zu den anderen Parteien im Bundestag?

A: Ich denke, dass die Personalentscheidungen der SPD (Müntefering und Steinmeier), die Rückkehr zur Agenda 2010 andeuten. Das Wahlprogramm der SPD ist daher ein Schwindel. DIE LINKE sollte unabdingbare Forderungen formulieren, die für eine Koalition erfüllt sein müssten. Meiner Auffassung nach wird dadurch eine Koalition auf absehbare Zeit unrealistisch, da SPD und Grüne nicht urplötzlich zu waschechten Sozialisten und Pazifisten werden. Dass Rot-Grün keine sozialen Reformen bedeutet, haben wir bereits gelernt. Des weiteren bin ich für ein NPD Verbot, als ein wichtiger Baustein, um Faschisten zu bekämpfen. Es wird jedoch auch Aufklärungsarbeit über die Strukturen der Nazis nötig sein. Ein Verbot alleine reicht nicht.

Mit Jonas Ahlgrimm sprach Michael Beltz

„Russen raus aus Afghanistan“

So einfach war Politik damals. Heute rückt die Bundeswehr (ja, so heißt sie noch) mit schweren Waffen, Marder-Panzern, Wolf-Mörsern, KZO-Drohnen in Afghanistan vor. Besonders der Panzer-Ein-

Offensive 1944. „Die konnte das Naziregime auch nicht mehr retten. Von der Hindukusch-Offensive sagt das Blatt richtig: Der Großangriff führt „zwangsläufig zu mehr zivilen unschuldigen Op-

(Fortsetzung von Seite 1)

Hände weg vom Iran

der iranischen Opposition nach mehr Demokratie und sozialen Rechten verdienen unsere Unterstützung, aber sie sind eine innere Angelegenheit, die vor allem im Iran selbst geführt werden muß. Wie verlogen die Politiker und mit ihnen die ganzen Medien sich in dieser Kampagnen verhalten, wird besonders im Falle des Putsches von Honduras deutlich. Hier wurde per Staatsstreich ein demokratisch gewählter Präsident entführt und verschleppt; dort finden seit Wochen Streiks und Aktionen für seine Rückkehr statt, die brutal unterdrückt werden, bis hin zum Mord und tagelangen Einkesselung. Davon hört man hierzulande kaum ein Wort!. E.B.



satz hat laut Bundeswehr „große moralische Wirkung“. Damit man weiß, in welcher Tradition diese „Moral“ steht, schreibt der Kommentator des „Gießener Anzeiger“: „Es ist der erste Großangriff deutscher Soldaten seit der Ardennen-

fernen und somit zu neuer Feindseligkeit. Ein Teufelskreis.“ Und wozu das alles? Jürgen Todenhöfer (CDU), in den achtziger Jahren einer der lautesten Russen-rausrufer, sagt es: „Wir kämpfen in Afghanistan gegen einen nationalen, antiwestlichen Aufstand. Afghanistan ist geostrategisch interessant, weil man von dort Russland, Indien, Pakistan und auch China kontrollieren kann. Auch rohstoffpolitisch ist das Land ein fabelhafter Standort. Schließlich wollen die Amerikaner eine Erd-

gaspipeline durch Afghanistan bauen.“ Wie zu Ardennen-Zeiten bekommen deutsche Soldaten auch wieder „Orden und Geklunker“ (Kurt Tucholsky) und bald auch wieder ein Gefallenen-Ehrenmal.

Fiete Krümel



Gießener Mieter wehren sich

Die Mieter der 1200 Wohnungen des Bauvereins AG Darmstadt (u.a. im Rödering, Thomastr., Dürer Str., Kropbacher Weg) haben zum 1. September eine deftige Mieterhöhung um 20% bekommen. Begründung: Wegfall der Sozialbindung. Das wird nicht einfach hingenommen; eine Mieterinitiative, Unterschriftensammlung und öffentlicher Protest war die Reaktion. Viele können so viel Geld nicht aufbringen; Zweifel an der Rechtmäßigkeit sind angebracht. Die Wohnungen sind teilweise in marodem Zustand. Mit Unterstützung durch öffentliche Gel-

der sind sie einst errichtet worden – und jetzt soll abgesahnt werden. Die Wohnung ist laut Grundgesetz zwar unverletzlich, aber wie jede andere Ware im Kapitalismus zum Geldmachen bestimmt. Einige Mieter werden Wohngeld beantragen können – und bekommen. Aber auch das ist letztlich öffentliche Subventionierung der Miethaie. Eine bezahlbare anständige Wohnung gehört zur Lebensgrundlage eines jeden Menschen; es ist die Aufgabe eines „Sozialstaates“, dafür zu sorgen. **Wir wünschen den Mietern viel Erfolg.**

Kein Fußbreit den Faschisten

Nazi-Demo in Friedberg und Nidda verhindert

Die für den 1. August in Friedberg angemeldete Demonstration der NPD fand nicht statt!

An die 2000 Gegendemonstranten, mehr als zehnmal so viel wie die 180 erschienenen Nazis, konnten verhindern, daß die Faschos durch die Stadt zogen. Bereits im Vorfeld hatte ein breites Bündnis zahlreicher Organisationen zum Protest gegen die Nazi-Demo aufgerufen, wie auch das Transparent am Haus der Diakonie in



Friedberg (Foto). Auch die anschließend in Nidda geplante NPD-Demo konnte durch eine Gegendemonstration verhindert werden.

Kita-Streik: Nur Teilerfolg

Nach einer monatelangen Streikbewegung wurde im Sozial- und Erziehungsdienst ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die betroffenen Berufsgruppen erhalten deutlich mehr Geld, vor allem trifft das für alle zu, die nach dem Oktober 2005 eingestellt wurden. Das ist deswegen so, weil mit dem neuen Tarifvertrag Verschlechterungen beseitigt wurden, die mit der damaligen Einführung des TVÖD (Tarifvertrag Öffentlicher Dienst) verbunden waren. Der TVÖD sah für viele Berufsgruppen massive Verschlechterungen bei der Eingruppierung vor und verschlechterte die Aufstiegschancen.

Die Klagen über hohe finanzielle Belastungen für Kreise, Städte und Gemeinden und die deswegen angekündigten Gebührenerhöhungen entbehren jeder Grundlage. Soziale Einrichtungen kosten die Träger nur wenig mehr als sie ohne die Einführung des TVÖD auch gekostet hätten. Neu ist der erreichte bessere Gesundheitsschutz für die Erziehungsberufe. Hier wird es auf die einzurichtenden betrieblichen Kommissionen ankommen, um für die Beschäftigten das Beste zu erreichen.

„Gefahrenabwehrverordnung“ rechtswidrig Hundenauslauf muß sein

Entsprechend § 9 der „Gefahrenabwehrverordnung“ müssen Hunde in städtischen Grünanlagen angeleint sein. Michael Beltz hatte daher für die Linksfraktion beantragt:

„Der Magistrat wird beauftragt, für Hundebesitzer eine umzäunte Fläche bereit zu stellen, auf der

Hunde frei laufen können.“ Der Antrag wurde abgelehnt. In einem Urteil des Oberlandesgerichts Hamm wurde jedoch festgestellt: Ein genereller Leinenzwang verstößt gegen das verfassungsrechtliche Übermaßgebot; dies ist nur dann nicht verletzt,

„wenn kommunale Verordnungen beschränkte öffentliche Flächen, die als solche kenntlich gemacht sind, davon ausnehmen.“

Und nun, lieber Magistrat, wollen Sie weiter entgegen der Rechtsprechung auf der Ablehnung beharren oder doch lieber selber endlich eine Auslaufläche für Hunde bereit stellen?



Gewerkschafter gegen bedingungsloses Grundeinkommen

Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) stößt vor allem bei Erwerbslosen auf Zustimmung. Darin äußert sich einerseits der berechtigte Widerstand gegen die diskriminierenden Bedürftigkeitsprüfungen und Arbeitszwänge durch Hartz IV. Andererseits spiegelt das BGE den Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben wider, in dem die Notwendigkeit entfällt, für fremde Profitinteressen Lohnarbeit zu verrichten. Mit sinkender Nachfrage nach der Ware Arbeitskraft, sinkendem Lohnniveau und steigender Arbeitshetze wird dieser Wunsch stärker.

Für den „Arbeitsausschuss der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken“ steht außer Frage, dass Erwerbslose eine Grundsicherung benötigen. Er lehnt selbstverständlich die von den Interessen des Kapitals diktierten Bedürftigkeitsprüfungen beim Alg II ab; er tritt dagegen nicht für ein **bedingungsloses** Grundeinkommen ein.

Begründung:

Wenn ein BGE an alle LohnarbeiterInnen unabhängig von ihrer Bedürftigkeit gezahlt würde, muss es als Lohnsubvention wirken. Der von den Käufern der Ware Arbeitskraft zu zahlende Lohn kann dann um staatliche Zuschüsse in Höhe des BGE gekürzt werden, ebenso wie ein großer Teil der Sozialversicherungsbeiträge. Das würde das Tarif- und das Sozialversicherungssystem zum Einsturz bringen. Aus diesem Grund stößt das BGE auch bei Vertretern des Kapitals auf Zustimmung.

Wir halten es für falsch, dass Erwerbslose ihre berechtigten Interessen vertreten, ohne zu berücksichtigen, welche Folgen dies für die beschäftigten LohnarbeiterInnen hat.

Wir lehnen ferner die bestehenden Formen der Arbeitspflicht für Erwerbslose ab, sofern sie nur dazu dienen, die Ware Arbeitskraft zu verbilligen und rechtloser zu machen, bzw. Erwerbslo-

se zu schikanieren und aus dem Bezug zu drängen.

Das BGE schwächt die Gewerkschaftsbewegung auch deswegen, weil es Kämpfe und Verhandlungen über Lohnhöhe und Arbeitszeit auf die individuelle Ebene verlagert. Wir aber brauchen eine stärkere kollektive Interessenvertretung.

Das BGE schwächt die kämpferische Gewerkschaftsbewegung ebenfalls, weil es Forderungen nach Regelsatzerhöhung, gesetzlichem Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung nur in Verbindung mit der „Vision“ des BGE diskutiert, der Vision eines Kapitalismus mit sozialer Gerechtigkeit und ohne Armut. Wir aber brauchen ein Minimalprogramm, auf dem sich möglichst viele trotz unterschiedlicher Weltanschauung vereinigen können. - Und gleichzeitig eine schonungslose Kritik, die die Interessen des Kapitals aufdeckt und nicht beschönigt oder begünstigt.

Die Ware Arbeitskraft auf Halde

Kapitalismus = Profit, Massenarbeitslosigkeit und Verelendung

Die veröffentlichten Arbeitslosenzahlen haben immer weniger mit der Wirklichkeit zu tun. Die neuesten Tricks der Statistik-Manipulierer: wer bei einer privaten Vermittlung gemeldet ist, wird nicht mehr mitgezählt. Bisher wurden schon nicht registriert: alle 1-Euro-Jobber, Arbeitslose in Trainingsmaßnahmen bzw. Weiterbildung, im Vorruhestand u.a.m. Hinzu kommt die – öffentliche mitfinanzierte – extensive Kurzarbeit für z.Zt. 1,4 Millionen Menschen. Damit sollen die Zahlen bis zur Bundestagswahl unter die 5-Millionen-Grenze ge mogelt werden. Im Herbst, und darin sind sich alle Experten einig, wird es ein böses Erwachen geben: Firmenpleiten und massenhafte Entlassungen.

Für die Betroffenen ist das oft der Abstieg in die Armut. Schon jetzt rutschen viele Erwerbslose schnell in die Hartz-IV-Falle, weil sie nicht lange genug gearbeitet haben, um einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I zu erwerben. Aber selbst das Arbeitslosengeld I ist bei 2/3 aller

Empfänger so niedrig, daß sie zusätzlich Hartz-IV beantragen müssen.

Was gedenken die Vertreter von Kabinett und Kapital zu tun?

Ihre Überlegungen gleichen einem Horrorkatalog: Hartz IV, kaum genug zum Leben, soll um 30% gekürzt werden, Hartz-

kann?! Und die Krankenkassen gleich mit, denn längere Lebensarbeitszeit führt zur kürzeren Lebenszeit. Schon heute ist die Lebenserwartung von armen Menschen um 10 Jahre geringer als die von Reichen. - Vorsichtiger wie auch Linke-MdB fordern den Bezug des Arbeitslosengeldes I zu verlängern oder das Schonvermögen zu erhöhen. Das wird vom Erwerbslosenforum klar abgelehnt:

„Hartz-IV muß weg! Der Armut entgegen zu treten geht nur dann, wenn es einen deutlichen Willen Hartz IV zu überwinden gibt. Dazu muß wieder die originäre Sozialversicherung Arbeitslosengeld ausgebaut werden; dabei muß sowohl die Bezugsdauer als auch die Höhe ausgeweitet werden. Hartz IV oder die frühere Arbeitslosenhilfe darf es nicht mehr geben. Hierbei muß endlich das Kapital stärker zur Kasse gebeten werden. Das Kapital lagert nun mal die überflüssige Ware Arbeitskraft aus, ohne die Lagerungskosten bezahlen zu wollen. Wer Armut verhindern will, muß sich für einen Mindestlohn von 10 Euro einsetzen“



IV-Empfänger sollen Ratten fangen (und 1 Euro pro Stück bekommen), sie sollen ihre Organe verkaufen (Prof. Oberender). Unternehmerpräsident Hundt will die Löhne senken und das Renteneintrittsalter auf 69 Jahre erhöhen. Wenn damit nicht die Rentenkasse saniert werden

Nebensache Mensch



Steueroase Hessen

Vor zwei Monaten stand es im Gießener Echo – jetzt ging es durch Presse und Fernsehen: Vor ein paar Jahren wurden im Frankfurter Finanzamt erfolgreiche Steuerfahnder kaltgestellt, die schon mehr als eine Milliarde Mark hinterzogene Steuern eingetrieben hatten. Sie wurden von ihrer Dienststellenleitung an ihrer Arbeit gehindert, gemobbt und schließlich zwangspensioniert. Ausgelöst hat das Presseecho die Hessische Ärztekammer. Sie hat eine Strafanzeige gegen den psychiatrischen Gutachter gestellt, der mit fragwürdigen, zum Teil gleichlautenden Gutachten die Pensionierung der Beamten möglich gemacht hatte. Ein Grund für die Ausschaltung der Fahnder könnte sein, daß unter den beschlagnahmten Akten auch welche waren, die die damals aktuelle Schwarzgeldaffäre der hessischen CDU betrafen. G.L.



Die herrschenden Parteien in Deutschland, die großen Wirtschaftsverbände, die Medien haben sich vor der Bundestagswahl zu einem Kartell des Schweigens zusammengeschlossen. Sie sagen den baldigen Wirtschaftsaufschwung voraus und schweigen sich im Übrigen über die Verschärfung der Krise im Herbst aus. Schon gar nichts lassen sie über die geplanten Belastungen der Menschen verlauten. Sie verkünden, Arbeitsplätze bleiben - nach Möglichkeit - erhalten, die Renten sind sicher (kommt einem irgendwie bekannt vor), die Krankenversorgung auf hohem Niveau wird ausgebaut (wir haben längst eine Zweiklassenmedizin). Sogar Steuersenkungen werden in Aussicht gestellt. Es versteht sich von selbst, dass bei diesen paradisischen Aussichten die Staatsschulden abgebaut werden, um auch Kinder und Enkel nicht zu

Über die Hälfte der Unternehmen erwartet „Einschnitte bei der Stammebelegschaft“. Wittenstein: „Es geht ums Überleben.“

Die Krise belastet zunehmend die Sozialsysteme. Von daher droht im kommenden Jahr massiver Anstieg der Sozialbeiträge. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung, den die Regierung sinnigerweise zu Krisenbeginn gesenkt hatte, steigt 2010 wahrscheinlich von 2,8 auf 4%, Erhöhungen stehen auch bei Renten- und Krankenversicherung ins Haus. Da die Kosten der Krise auf die große Masse der Menschen mit geringem oder normalem Einkommen abgewälzt werden soll, wird man an der Schraube der Mehrwertsteuer drehen. Baden-Württembergs Ministerpräsident Oettinger möchte den Steuersatz für Lebensmittel von bislang sieben auf 9,5% anheben. Ein Vorschlag, der



seine Wirkung bei Politikern nicht verfehlen wird, kommt von Klaus Zimmermann, Chef des „renommierten“ Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Er möchte die Mehrwertsteuer auf 25% angehoben sehen - natürlich um die Staatsschulden zu verringern. Man sieht, die „Schuldenbremse“ lei-

belasten. (Was ist eigentlich mit uns Heutigen?) Die Schuldenbremse steht jetzt sogar im Grundgesetz. Dann kann ja nichts schief gehen. Anders klingt es nur, wenn Kapitalvertreter zur Wahrnehmung eigener Interessen mal Tacheles reden. Manfred Wittenstein, Präsident des Verbandes der Maschinenbauer, erwartet nach den Wahlen ein bitteres Erwachen. In seinem Industriezweig liegt die Kapazitätsauslastung mit 72% auf einem historischen Tief. 160 000 Kurzarbeitern droht die Entlassung, denn die jetzige Regelung hält nur bis zum Herbst.

stet als Druckmittel gute Dienste. Es gilt, den Protest gegen die geplanten Massenbelastungen auf die Straße zu tragen, wie es in diesem Jahr schon viel tausendfach unter der Losung „Wir zahlen nicht für eure Krise“ geschehen ist. Eine wirkliche Lösung gibt es nur, wenn eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung errichtet ist, in welcher der Mensch nicht Nebensache und der Profit Hauptsache ist, in welcher der gesellschaftliche Reichtum nicht in Geldvermehrung, sondern in der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse besteht. Klaus Mewes

GIAG muß bei Stromsperre Kredit geben

Hartz-IV-Empfänger, denen eine Stromsperre droht, haben Anrecht auf ein zinsloses Darlehen. (Urteil des Landessozialgerichtes Niedersachsen Bremen, Az.: 546 / 98 B ER).- Begründung der Richter: ohne Strom zu leben ist wie, ohne Wohnung zu leben. Die regelmäßige Versorgung durch Energie stellt einen Mindestbedarf dar. Sollte der Strom bereits abgeklemmt sein, hat die ARGE (GIAG) ein Darlehen unbedingt zu gewähren.

Kernkraftwerke abschalten!

Nach einer Pannenserie sind zur Zeit 9 der 16 deutschen Kernkraftwerke außer Betrieb. Besonders bedenklich ist ein Störfall in Krümel. In dem vom schwedischen Staatskonzern Vattenfall betriebenen Reaktor ist etwas passiert, was nach der sogenannten Sicherheitsphilosophie der Atomindustrie eigentlich unmöglich ist.

Vor etwa einem Jahr hatte dort der Brand eines Transformators zum Ausfall des Kraftwerkes geführt. Nach Reparatur trat beim Wiederanfahren der gleiche Störfall wieder auf. Der Betreiber ist also nicht in der Lage, eine Störfallanalyse so gründlich durchzuführen, daß eine Wiederholung des gleichen Fehlers unwahrscheinlich wird. Mit diesem Versagen des Sicherheitsmanagements fehlt die Grundlage zum Weiterbetrieb der Anlage. Wenn schon ein bekannter Fehler nicht verhindert werden kann, was ist dann mit den vielen noch unbekanntem Fehlerquellen? Bekanntlich darf in einem Kernkraftwerk nichts schief gehen, denn jeder Störfall kann katastrophale Folgen haben.

Es gibt noch einen weiteren Grund, warum eigentlich keines der Kernkraftwerke weiter betrieben werden dürfte: der fehlende Entsorgungsnachweis. Nach dem Atomgesetz darf eine Betriebserlaubnis nur erteilt werden, wenn nachgewiesen wird, daß die abgebrannten, hochradio-

aktiven Brennelemente sicher entsorgt werden können.

Diese Bedingung wurde von Anfang an sehr großzügig gehandhabt, sonst hätte kein einziges Kraftwerk genehmigt werden können. Als Entsorgungsnachweis galten schon Zwischenlager und die Beteiligung des Betreibers an der Erkundung eines Endlagers. Als mögliche Endlager galten jahrzehntelang Salzstöcke. Nach dem Desaster mit dem Versuchs-Endlager Asse müßte diese Option vom Tisch sein.

Das Salzbergwerk Asse, in dem der radioaktive Müll nach Aussage der Experten dauerhaft und zuverlässig getrennt von der Biosphäre (dem belebten Teil der Erde) lagern sollte, ist abgesoffen. Die kontaminierte Lauge sickert Richtung Grundwasser. Genau das Gegenteil von dem, was bewiesen werden sollte, ist eingetreten. Was in diesem sorgfältig ausgewählten Versuchslager passiert ist, kann in jedem anderen Salzstock, wie dem als Endlager geplanten in Gorleben, natürlich genauso eintreten.

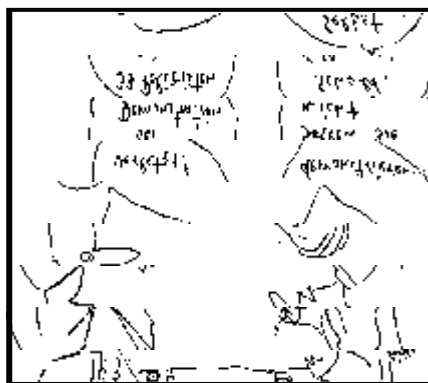
Die Nutzung der Kernenergie muß so schnell wie möglich beendet werden, unabhängig von vereinbarten Restlaufzeiten. Jeder weitere Betriebstag erhöht das Risiko und die Menge des nicht sicher zu lagernden hochradioaktiven Mülls.

Gernot Linhart

Prozeß gegen Feldbefreier

Wer an den Gießener Gerichtsgebäuden vorbeikommt, hat an manchen Tagen den Eindruck, dort fände ein Prozeß gegen hochgefährliche Terroristen oder die Mafia statt. Ein riesiges Polizeiaufgebot ist dort aufgefahren. Dabei handelt es sich nur um ein Verfahren gegen 2 Menschen, die ein paar Pflanzen herausgerissen haben. Ganze 3 Jahre hat die Staatsanwaltschaft an dieser Sache gearbeitet, bis es zum Gerichtsverfahren kam. 2006 hatte die Gießener Uni wieder mal einen Versuch mit genmanipuliertem Getreide gestartet – mit Gerste, die in der Nähe des Alten Steinbacher Weges angepflanzt wurde. Die Aktion gegen diesen Genversuch war im Internet angekündigt worden, das Fernsehen stand aufnahmebereit dort. Polizei war natürlich auch da, und die Uni hatte zusätzlich einen Sicherheitsdienst bestellt. Trotzdem konnten Jörg Bergstedt und einer seiner Genossen auf das Feld gelangen und dort eini-

ge Pflanzen ausrupfen. Im jetzigen Prozeß geht es um Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung. Im Gegensatz zu früheren Verfahren gegen Mitglieder der Projektgruppe Saasen hatten die Angeklagten dieses Mal wenigstens die Gelegenheit, ihr Vorgehen ausführlich zu begründen, was auch die Berichterstattung in der Lokalpresse etwas versachlichte. Ein Urteil ist im August zu erwarten. G.L.



Leitfaden für Arbeitslose neu aufgelegt

Das Arbeitslosenprojekt TuWas hat zwei Bände seiner Reihe „Leitfaden für Arbeitslose“ neu aufgelegt.

Es handelt sich um den „Leitfaden für Arbeitslose – Der Rechtsratgeber zum SGB III“ in 26. Auflage sowie um den „Leitfaden zum Arbeitslosengeld II – Der Rechtsratgeber zum SGB II“ in 6. Auflage.

Beide Bände sind auf den neuesten Stand gebracht worden und zum Preis von 15 Euro (incl. MwSt. zzgl. Portokosten) zu beziehen beim Fachhochschulverlag, Kleiststr. 10, Gebäude 1, 60318 Frankfurt; www.fhverlag.de, E-Mail: bestellung@fhverlag.de;

Großkapital entdeckt die Sonnenenergie

Kapitalkräftige Banken und Konzerne haben ein neues Geschäftsfeld entdeckt: die Sonnenenergie. 400 Mrd. Euro (die natürlich von den Beschäftigten in ihren Betrieben erarbeitet wurden) wollen sie investieren, um mit großtechnischen Solar-Anlagen 15% des europäischen Strombedarfes zu produzieren. In alter Kolonistenmanier verfügen sie dabei über Land, das ihnen nicht gehört – die Wüste Sahara. Was die dort lebenden Völker darüber denken, wie die dortige Infrastruktur und die Umwelt beeinflusst werden, interessiert sie wohl nicht. Geplant sind sonnenbeheizte Wärmekraftwerke – d. h., mit Sonnenenergie wird eine Flüssigkeit erhitzt und verdampft, der Dampf betreibt eine Turbine und damit einen Stromgenerator. Gegenüber von Solarzellen hat diese Methode den Vorteil, daß man Wärme speichern kann und so auch nachts Strom produziert werden kann. Das Verfahren hat allerdings einen Haken, der bisher nirgendwo erwähnt wurde. Für Wärmekraftwerke braucht man Kühlwasser, deswegen stehen solche Anlagen in der Regel an großen Flüssen. Für die angestrebte Strommenge bräuchte man mindestens 5 Flüsse von der Größe des Rheins. Solche Wassermengen gibt es in der Sahara nicht, sonst wäre es keine Wüste. Was steckt also hinter diesen merkwürdigen Plänen? G.L.

Leserbriefe

Was wäre, wenn

alle Arbeitslosen aus der Stadt und dem Kreis Gießen sich solidarisch erklären und in den Seltersweg kommen würden? Würde der Platz vom E-Klobis zum Kreuzplatz ausreichen?

Was wäre, wenn

sie sich alle hinsetzen würden? Käme dann noch jemand durch? Wäre das ein Verstoß gegen das Versammlungsrecht?

Was wäre, wenn

sie merken würden, wie viele sie sind?

Was wäre, wenn

auch alle Minijobber, Geringverdiener, Kleinrentner, Hartz-IV-Empfänger... mitmachen würden? Dann können alle sehen, wieviel Menschen in so einem reichen Land wie der BRD „überflüssig“ gemacht worden sind.

Was wäre, wenn

endlich richtig Widerstand geleistet und Solidarität geübt wird!?

Stelle Dir z.B. vor, Du siehst einen riesigen Berg mit Schuhen; und unter diesem Berg von Schuhen schauen Angela und Münte heraus; und Angela fragt Münte: „Was ist denn los?“ und Münte antwortet: „Schuhe im SSV!“ - **Was wäre dann?**

Uwe



Hiroshima und Nagasaki gedenken

Am 6. August 1945 wurde die japanische Stadt Hiroshima durch den Abwurf einer US-Atombombe völlig zerstört, drei Tage später Nagasaki. Hunderttausende Menschen starben grausam und sterben heute noch an den Folgen. Dabei waren die Atombombenabwürfe für den Kriegsausgang unbedeutend. Es ging den USA, die als stärkste Macht aus dem 2. Weltkrieg hervorging, darum, die Sowjetunion zurückzudrängen. So äußerte sich US-Präsident Truman danach: „This is the greatest thing in history.“ Der Kalte Krieg hatte begonnen, die UdSSR musste nachziehen, der atomare Rüstungswettlauf begann. Heute haben wir ein Vielfaches an Atomwaffen, mit denen man 20mal die Welt vernichten kann. Obamas Worte zur Bereitschaft der atomaren Abrüstung müssen Taten folgen. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein, atomare Schutzschilder über Tschechien und Polen sollen errichtet werden. Die Konflikte in der Welt sind komplexer und noch gefährlicher geworden. Der erste Schritt zur atomaren Abrüstung muss von den militärisch übermächtigen USA kommen. Wir fordern 0 Atomwaffen statt 26.000! Für soziale und ökologische Aufrüstung - Deutschland muss vor der eigenen Tür kehren. Hier lagern 20 Atomwaffen! 90% der Menschen wollen sie weg haben - doch die Regierung tut nichts. Zeigen wir es ihnen bei Aktionen und den Bundestagswahlen.

Uwe Bossart

Die Lunte ist gelegt

Unsere französischen Freunde und Nachbarn zeigen uns, mit welchen extravaganten und offensichtlich auch effektiven Mitteln man diejenigen bestraft, die für die Finanzkrise verantwortlich sind: so werden beispielsweise unfähige Manager in ihre eigenen Fabriken gesperrt und erst dann wieder in ihr Luxusleben, das sie ihren Beschäftigten zu verdanken haben, entlassen, wenn sie deren berechnete Forderungen erfüllen, Millionen gehen nicht nur auf die Straße, um ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu geben, nein mehr noch: man droht mit der Sprengung des nunmehr verhassten Arbeitsplatzes! Die Spirale der Gewalt dreht sich immer weiter und führt zur Bildung von Schlägertrupps, deren Verhalten zwar nicht zu tolerieren ist, aber dennoch ganz unmissverständlich die Verzweiflung und Wut der Bürger deutlich macht. Die Franzosen, die offensichtlich immer noch von ihrer legendären Revolution beseelt sind, zeigen, dass man das Unrecht, das einem Volk widerfährt, nicht einfach hinnehmen muss! Das Volk ist der Staat und der Staat hat Macht: die Lunte zum Entzünden einer Revolution haben die Verantwortlichen bereits gelegt, anzünden müssen sie die Betroffenen!

Gaby Küppers

Münfte entblödet sich nicht

Erst kürzlich entblödete sich der SPD-Vorsitzende Müntefering nicht, die Hartz-IV- und Agenda-2010-Erfindung von Rot-Grün als die „Errungenschaft unseres Jahrhunderts“ zu bezeichnen. Hartz IV bedeutet Kinderarmut, Lohndumping, Zwangsumzüge und 1-Euro-Jobs, Wenn man jedoch, wie Müntefering, realitätsfernen Schichten angehört, nimmt man das trotz katastrophaler Wahlergebnisse nicht zur Kenntnis. Nein, man setzt noch einen drauf: Bei den Bundesbehörden sind laut „Spiegel“ immer mehr Leiharbeiter tätig. Unter der großen Koalition habe sich die Zahl von 145 im Jahr 2005 auf 771 erhöht, die als Leiharbeiter etwa in Küchen und Wäschekammern, aber auch in der Datenerfassung eingesetzt würden.

Falk Moldenhauer

Gelbe Karte für Falschparker

Die „gelbe Karte“ zeigt der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter jetzt Falschparkern auf Behindertenparkplätzen.

Mit einem witzigen, aber eindeutigen Cartoon von TAZ-Karikaturist TOM werden Falschparker ermahnt. Die Polizei hat übrigens weniger Verständnis für dieses Fehlverhalten und belangt Verkehrssünder mit einem Bußgeld und hohen Abschleppkosten. 10 Kärtchen können gegen Einsendung eines mit 90 Cent frankierten und adressierten Briefumschlages beim BSK e.V., Postfach 20, 74238 Krautheim, bestellt werden.

UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung

**Probexemplare bzw.
10 Wochen gratis-Abo
(endet automatisch):**

**UZ-Unsere Zeit,
Hoffnungstr. 18,
45127 Essen,
tel 0201-2486482,
E-mail: UZabo@t-online.de
www.unsere-zeit.de**

**Redaktionsschluß für das
September-Echo: 27.8.09**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Eigendruck. Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: <http://www.dkp-giessen.de> <http://www.dkp-hessen.de>

Eine Gretchenfrage: Wie hältst Du's mit der DDR?

Anlässlich der Jahrestage im Herbst – 60. Jahrestag der DDR-Gründung im Oktober, 20. Jahrestag der Maueröffnung im November – werden wir wieder eine Schlamm Schlacht gegen den „Unrechtsstaat“ über uns ergehen lassen müssen.

Nicht weil dort Kriege geführt, gefoltert und gemordet wurde (wie z.B. von USA und CIA), sondern weil dort der Kapitalismus besiegt war. Es gab weder Arbeits- noch Obdachlosigkeit, keine 2-Klassenmedizin und keine „Tafel“, aber ein vorbildliches Bildungssystem und jeder, der wollte, erhielt einen Urlaubsplatz.

Und dann gab es noch wie in jedem Land einen Staatsschutz, die „Stasi“, die mit sozialistischer Gründlichkeit betrieben wurde. Aber was ist diese Stasi-Totschlagskeule gegenüber der Bespitzelung hier von Lidl und Schלקer über Bahn, Telekom, Bank... bis hin zu Schäubles Mega-Lausch- und Späh-Angriffen?

Das heißt nicht, daß in der DDR eitel Sonnenschein herrschte. Es gab zwar keine Zwangsadoptionen, keine unrechtmäßige Einweisung in die Psych-

atrie und keine Folter – wie es u.a. fälschlicherweise behauptet wird. Aber es gab Fehlentscheidungen, 150%ige Apparatschiks; und besonders in den letzten Jahren wurden sozialistische Prinzipien verletzt, Kritik und Selbstkritik ersetzt durch „keine Fehlerdiskussion“ und demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten durch Bevormundung von oben.

Rechtfertigt das die totale Verdammung (in die auch viele „Linke“ gläuben einstimmen zu müssen)?

Der damalige Außenminister (und frühere Oberspitzel beim BND) Kinkel hatte schon Anfang der 90er Jahre gefordert: „Es muß uns gelingen, die DDR zu delegitimieren.“ Doch trotz aller Lügen und Demagogie will das bis heute nicht ganz gelingen. Der Wirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit, Hartz IV und Kriegsführung hier in der BRD stehen die sozialistischen Errungenschaften dort gegenüber.

Immer mehr Menschen sind inzwischen der Meinung, der Sozialismus war gut. Etwa die Hälfte aller Menschen - in Ost und West - stimmen

der Aussage zu: „Der Sozialismus ist eine gute Sache, die schlecht verwirklicht wurde“, das ergab eine Umfrage des unverdächtigen Instituts Allenbach. Für die Herrschenden hier ist das purer Horror; sie fürchten nichts mehr als die zunehmende Akzeptanz sozialistischer Alternativen. Daher ihre Hetze und ihr Geifer gegen die DDR als „Unrechtsstaat“.

Peter Hacks hat sinngemäß formuliert: Die Menschen in der DDR haben einen schlechten Sozialismus gegen einen schlechten Kapitalismus eingetauscht. Aber ein schlechter Sozialismus ist immer noch besser als der beste Kapitalismus. Erika Beltz

Organisiertes Verbrechen

Die große Kriminalität im Land
Wird gerne die Regierung auch genannt.

Wahlabsprache

Reden wir über Wahlen. – Reden wir.
Zu welchem meiner Feinde rätst Du mir?

Ehrgeiz der Nichtssagenden

Gerade, wer nichts zu sagen hat,
ist scharf,
Darauf, daß er auch alles sagen darf.

(von Peter Hacks)

Stolperstein für Ernst Thälmann

Im Juli wurde vor dem ehemaligen Wohnhaus von Ernst Thälmann in Hamburg ein weiterer Stolperstein verlegt. Zum Andenken an den 1944 von den Faschisten ermordeten KPD-Vorsitzenden versammelten sich zahlreiche Gäste zu einer Veranstaltung vor der Gedenkstätte in der Tarpenbekstraße. Der Aktionskünstler Demnig installierte seit 1996 bundesweit, auch in Gießen, Stolpersteine, mit denen an die Opfer faschistischer Gewaltherrschaft erinnert wird.

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr

bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV

Gießener Montags-Demo:
www.gimode.wordpress.com

Die nächste öffentliche Mitgliederversammlung der DKP ist am Mittwoch, dem 19. August, um 19.30 Uhr im Winchester-Zimmer der Kongreßhalle

Baby-Phon zu verschenken.
Bitte beim Echo melden

„Die Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“

Theaterstück der Berliner Compagnie

Am Donnerstag, dem 3. September 2009, 19.30 – 22.00 Uhr
in der Aula des Uni-Hauptgebäudes, Ludwigsstraße

Veranstalter sind neben der Gießener Friedensinitiative der ASTA, attac Gießen, der Kreisausländerbeirat, Frauen für den Frieden, Evangelisches Dekanat Gießen und der GEW-Stadtverband Gießen. Eintrittskarten: 12 Euro bzw. 8 Euro ermäßigt; Vorverkauf im Weltladen, im Dürerhaus Kühn und Kino Traumstern in Lich.



Liebe Leserinnen und Leser,
diese Zeitung zu machen kostet Geld.
Wir bitten daher um **Spenden**, auch
damit wir das Echo weiterhin in hoher
Auflage von 6000 verteilen können.

Gießener Echo

Konto Nr. 193070,
BLZ 51350025,
Sparkasse Gießen

Wir möchten uns an dieser Stelle sehr herzlich für alle Spender bedanken - seien es große oder kleine Beträge, sie helfen alle.

Besonders bedanken möchten wir uns für die 2 Euro, die wir jeden Monat, sorgfältig in den ausgeschnittenen Kopf des Gießener Echo gewickelt, in unserem Briefkasten finden.